

### Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 07.12.2009

#### **Sind die Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen dem Stallbauboom und der Massentierhaltung hilflos ausgeliefert?**

Auf dem Welternährungsgipfel in Rom wurden verstärkt die eigenständige Entwicklung und der Erhalt der Landwirtschaft in allen Ländern dieser Welt eingefordert. Exporte von Billigprodukten in Schwellenländer zerstören dort den heimatischen Markt.

Nach dem Klimagipfel steht nun fest, dass aus Klimaschutzgründen eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 % unvermeidlich ist. Landwirtschaft und Ernährung sind mit insgesamt etwa 40 % für Treibhausgasemissionen verantwortlich. Hoher Fleischkonsum hat zur Abholzung von Regenwäldern geführt. Weltweit wird mehr als ein Drittel der Ackerfläche zur Futtermittelerzeugung bereitgestellt. Reduzierung des Fleischkonsums oder Verzicht von Fleischverzehr ist ein Beitrag zum Klimaschutz und wird weltweit von Experten eingefordert.

In Niedersachsen sind dagegen der Stallbauboom und der Wille zur Massentierhaltung ungebrochen. Im Emsland sind weitere Hähnchenmastställe für 12 Millionen Tiere geplant, in Vechta für 5 Millionen und in Osnabrück für 1 Million. Aber auch Regionen, in denen bisher die Massentierhaltung weniger intensiv betrieben wurde, sind jetzt dem Stallbauboom ausgesetzt. Im großen Umkreis um die geplante Hähnchenschlachtfabrik im Landkreis Celle mit einer Kapazität von 57 Millionen getöteter Tiere jährlich werden Landwirte für den Bau von Mastställen gesucht. Entlang der A 7 sollen dafür allein in Niedersachsen rund 150 Mastställe für 39 999 Hähnchen entstehen. Mit der Beschränkung auf diese sogenannte kleine Stallgröße können die Betreiber die öffentliche Beteiligung im Genehmigungsverfahren umgehen. Unbeachtet bleibt dabei, dass mehrere Ställe in einer Region zur gleichen Umweltbelastung führen wie ein einzelner Großstall.

Überall im Land regt sich Protest. Es bilden sich Bürgerinitiativen, und ein Aktionsbündnis gegen Tierfabriken aus Initiativen und Bauern formiert sich. Klagen beim Verwaltungsgericht werden eingereicht. Die Kommunen haben wenig Handlungsspielraum und sprechen sich nur in seltenen Fällen, wie gerade in der Stadt Dannenberg, gegen die industrielle Tierhaltung in ihrer Region aus.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um Kommunen im Baurecht eine Ablehnung von nicht umweltverträglichkeitsprüfungspflichtigen Mastanlagen zu ermöglichen?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um zu verhindern, dass Antragsteller mehrere Mastställe in einer Region errichten, um die vom Gesetzgeber festgelegte Größe für die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterlaufen?
3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung treffen, um die Beurteilung der Raumbedeutung bei der Tierproduktion auf ein Maß zu senken, das mit den Belangen des Tierschutzes und des Umweltschutzes in Einklang steht?

Christa Reichwaldt  
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Ausgegeben am 10.12.2009)